



Foto: Esther Müller / Jugendfotos.de

Kritik an Zentrum gegen Rechts

Anlässlich seiner Hauptausschusssitzung am 15. Februar 2012 beschäftigte sich der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) mit aktuellen Entwicklungen im Bereich Rassismus und rechte Gewalt. Der Hauptausschuss des DBJR gibt folgende Erklärung ab: „Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat sich mit den Plänen und Ideen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zum Aufbau eines bundesweiten Informations- und Kompetenzzentrums befasst. Der Hauptausschuss des DBJR begrüßt grundsätzlich die intensive Vernetzung und den Austausch im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt. Der Hauptausschuss kritisiert aber deutlich, dass dazu staatliche Strukturen parallel zu bereits langjährig und erfolgreich bestehenden zivilgesellschaftlichen Strukturen geschaffen werden. Aus Sicht der Jugendver-

bände und Landesjugendringe besteht mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA e.V.) bereits ein wirksames Kompetenzzentrum. IDA e.V. gibt es bereits seit 1990 und wurde auf Initiative demokratischer Jugendverbände gegründet. Den Jugendverbänden und Landesjugendringen im DBJR geht es mit ihrer Arbeit darum, menschenfeindliches Gedankengut zurückzudrängen und Gewalt zu verhindern. Der DBJR würde es deswegen verurteilen, wenn mehrere Millionen Euro aus Mitteln, die für konkrete Projekte im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt im Bundeshaushalt zur Verfügung stehen, entnommen werden. Das bedeutet faktisch eine Schwächung der Arbeit vor Ort. Der Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt ist und bleibt für den DBJR, die Jugendverbände und Landesjugendringe ein zentrales Anliegen ihrer Arbeit.“

Zweites Fachforum zur Eigenständigen Jugendpolitik

Im Februar kam in Mainz das Fachforum „Teilhabe junger Menschen vor Ort“ zusammen. Es war das zweite Forum im Rahmen des Prozesses zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik (EiJP); das erste beschäftigte sich bereits Ende 2011 mit der Anerkennung außerschulischer Bildung.

Lange schon fordert nicht nur der DBJR die Etablierung einer EiJP. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat den Prozess zur Entwicklung der EiJP Ende 2011 gestartet. In den nächsten zwei Jahren werden

wichtige Aspekte aus den Themenbereichen „Schule und außerschulische Lern- und Bildungsorte“, „Beteiligungschancen und -anlässe im öffentlichen Raum“ und „Übergangsgestaltung (1./2. Schwelle)“ diskutiert. Die Resultate werden Grundlage der „Allianz für Jugend“ sein, die aus Vertretern/-innen der Bundesministerien, des DBJR, der AGJ, der Kommunalen Spitzenverbände, des DJI sowie aus Wirtschaft und Medien gebildet werden soll.

Zu den genannten Themenbereichen werden jeweils drei aufeinander aufbauende Fachforen organisiert, in denen Eckpunkte

Erasmus für alle

Die Bundesländer nahmen in der Bundessatzung am 10. Februar unter anderem Stellung zu den Zielen, Leistungen und zur Struktur des künftigen EU-Programms „Erasmus für alle“. Sie betonten, dass die bisher bestehenden Programme im Jugend- und Bildungsbereich auch in Zukunft sichtbar und in ihrer Ausrichtung erhalten bleiben müssen, unter anderem das Programm „Jugend in Aktion“. Aus Sicht der Jugendverbände und Jugendringe ist wichtig, dass in einem Förderprogramm der EU der Bereich „Jugend“ deutlich erkennbar ist. Das Kernproblem derzeit: Im aktuellen Entwurf des geplanten Programms „Erasmus für alle“ verschwindet die Jugendarbeit vollständig im Bildungsbereich. Es ist aus Sicht des DBJR grundlegend falsch, dass junge Menschen in Europa künftig ihre Persönlichkeit hauptsächlich in Schule, Ausbildung und Studium entwickeln können. Notwendige Freiräume für selbstbestimmtes Handeln werden im Vorschlag der EU-Kommission drastisch eingeschränkt. Das Programm „Erasmus für alle“ fokussiert stattdessen allein auf den Nutzen für Arbeit und Beschäftigung. Viele Träger der Jugendarbeit in Deutschland und Europa, die Bundesregierung sowie die Bundesländer lehnen den Vorschlag der EU-Kommission zum EU-Programm in seiner geplanten Struktur und Ausrichtung deswegen ab.

und Handlungsempfehlungen für eine EiJP formuliert werden. Nach jedem Fachforum werden die Ergebnisse durch das DBJR-Projekt „ichmache-politik“ Jugendlichen zur Qualifizierung und Bewertung übergeben. Die Bewertungen und Resultate prägen wiederum den weiteren Prozess.

Viele Vertreter/-innen von Jugendverbänden gestalteten das Fachforum in Mainz mit. Damit war die Sicht der Jugendverbände gut vertreten. Das nächste Fachforum wird sich im Frühsommer mit dem Themenbereich „Übergänge“ beschäftigen.

Ich mache **Politik**

Das Beteiligungsprojekt für eine Eigenständige Jugendpolitik (EiJP) des DBJR heißt: **ichmache-politik**. Diesmal wird der Spieß umgedreht. Beteiligung soll nicht darauf reduziert werden, dass Jugendliche neben erwachsenen Akteuren/-innen auf Podien sitzen und freche Forderungen stellen – sie sollen vielmehr die Ideen und Vorstellungen der Erwachsenen bewerten und qualifizieren. Im Rahmen der Entwicklung einer EiJP erarbeiten Akteure/-innen aus Politik und Jugendarbeit auf Fachforen Thesen und Vorschläge. Diese werden von Jugendlichen bewertet und qualifiziert und fließen zurück in den Prozess. Jugendliche gestalten die EiJP mit und wirken auf Entscheidungen ein. **ichmache-politik** motiviert Jugendliche (in Gruppen, Initiativen, Verbänden, Schule oder als Einzelpersonen) am Prozess mitzuwirken. Das Projekt macht den Prozess und seine Zwischenergebnisse transparent und bietet ein Online-Tool zur Bewertung und Qualifizierung der Thesen und Vorschläge aus dem Prozess. **ichmache-politik** bringt Ergebnisse der Jugendbeteiligung dort ein, wo inhaltliche Entscheidungen im Prozess fallen und fordert von politischen Entscheidungsträgern/-innen ein Feedback zur Machbarkeit. Es leistet einen Beitrag für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik, die nicht über Jugendliche hinweg entscheidet, sondern diese unmittelbar miteinbezieht.

Namen

► Die AG „Europäische Jugendpolitik“ des DBJR wurde neu besetzt: Karin Baresel (LJR Mecklenburg-Vorpommern), Lars Becker (JEF), Doris Klingenhagen (aej), Marah Köberle (BDKJ), Tobias Köck (Soli-Jugend), Alexandra Krause (BDL), Helge Meyn-Hellberg (LJR Schleswig-Holstein), Tim Scholz (SJD - Die Falken), Maja Tölke (SJD - Die Falken) und Astrid Weber (BJR).

► In das Kuratorium der Stiftung „Jugend macht Demokratie“ wurden als Vertreter der Mitgliedsorganisationen Jens-Peter Jennsen (LJR Schleswig-Holstein), Marcel Päßler (Soli-Jugend) und Andreas Bierod (RdP) sowie als sachkundige Bürger/-innen Gaby Hagmans und Detlef Raabe berufen.



Foto: Deutscher Bürgerpreis

Deutscher Bürgerpreis 2012

Der DBJR ist 2012 Kooperationspartner des **Deutschen Bürgerpreises**. „Projekt Zukunft: Engagiert für junge Leute“ ist dessen diesjähriges Schwerpunktthema. Die Bewerber/-innen nehmen in der Regel zunächst auf lokaler Ebene am Wettbewerb teil. Bewerber/-innen, die von einer der rund 70 lokalen Initiativen ausgezeichnet und nominiert werden, gehen automatisch ins Rennen um den nationalen Bürgerpreis. Besteht vor Ort kein lokaler Wettbewerb, können sich die Projekte und

Einzelpersonen direkt für den nationalen Bürgerpreis bewerben bzw. vorgeschlagen werden. Einsendeschluss für den Deutschen Bürgerpreis ist der 30. Juni 2012. Abschluss des Wettbewerbs ist die feierliche Preisverleihung Ende des Jahres im ZDF Zollernhof in Berlin. Für Gruppen der Jugendverbände ist es eine große Chance, sich am Wettbewerb zu beteiligen. Das vielfältige Engagement der Jugendverbände hat es verdient, ausgezeichnet zu werden! Deswegen: Mitmachen!

LJR Saar

Der Landesjugendring Saar bezog auf seiner Vollversammlung u.a. Position zur künftigen Gemeinschaftsschule. Er begrüßt die Einführung, fordert aber eine bessere Finanzierung sowie einen Stundenplan, der genügend Raum für außerschulische Jugendarbeit zulässt. Mit dem Verband der russischsprachigen Jugend JunOst und dem Bünd der Alevitischen Jugend (BDAJ) wurden zwei Migrantengruppen als Anschlussmitglieder aufgenommen.

BDAJ-Zeitschrift

Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ) hat schon bald sein eigenes Printmedium: „Plural“. Auf 80 Seiten informiert „Plural“ über alles rund um den Verband und das Engagement der alevitischen Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Ab 10. März wird die Zeitschrift erhältlich sein und kann beim BDAJ bestellt werden.

aej Fachtag zur Demokratie

Eine demokratische Zukunft wird da gestaltet, wo Menschen für ihre Interessen gemeinsam eintreten und sich gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen. Wo passiert Demokratie? Wer kann sie mitgestalten? Was kann jeder Einzelne gegen Extremismus beitragen? Diesen aktuellen Themen gingen rund 140 Teilnehmende der Konferenz der Evangelischen Jugend für Demokratie in Kirche und Gesellschaft „jung, evangelisch, sucht: Zukunft!“ nach. In wissenschaftlichen und theologischen Impulsreferaten untersuchten Dr. Roland Roth, Professor für Politikwissenschaft an

der Hochschule Magdeburg-Stendal und Johanna Haberer, evangelische Theologin und Professorin für Christliche Publizistik an der Universität Erlangen, die Rolle und Möglichkeiten junger Menschen in einer Demokratie. „Es ist noch viel Raum nach oben offen bei der Partizipation junger Menschen in Deutschland!“, sagte Dr. Roland Roth. Er forderte die Aktiven der evangelischen Kinder-, Jugend- und Studierendenarbeit auf, sich stärker an den demokratischen Prozessen in Deutschland zu beteiligen.

Klage der Muslimischen Jugend in Deutschland erfolgreich

Der Verfassungsschutzbericht über die **Muslimische Jugend in Deutschland** (MJD) hält der gerichtlichen Prüfung nicht stand. Das Verwaltungsgericht Berlin hat der Klage der MJD gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz zum größten Teil stattgegeben. Die MJD begrüßt die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin vom 16. Februar 2012. Das Urteil stellt fest, dass die Vorwürfe des Bundesamtes für Verfassungsschutz gegen die MJD zu großen Teilen rechtswidrig sind. Das Gericht ordnete eine Überarbeitung der Berichterstattung aus dem Jahr 2009 an. Im Verfassungsschutzbericht wurde aufgeführt, dass ein ehemaliges Vorstandsmitglied Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren war. Nicht erwähnt wurde, dass die Ermittlungen, die zu keiner Zeit einen Bezug

zur MJD hatten, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des VS-Berichts bereits als unbegründet eingestellt waren. Das Gericht ordnete an, die angesprochene Passage aus dem Bericht zu entfernen. Ferner heißt es im Verfassungsschutzbericht, dass die MJD ihren Mitgliedern empfehle, sich in allen Fragen der islamischen Rechtsauslegung an den Maßgaben des European Council for Fatwa and Research (ECFR) zu orientieren. Der MJD wurde außerdem unterstellt, einen Schulungsleitfaden zu verwenden, der sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung stelle. Das Gericht stellte bei allen Punkten klar, dass sich das Bundesamt für Verfassungsschutz bei einer Berichterstattung auf belegbare Tatsachen stützen müsse. Diese Mindestanforderung wurde in den besagten Punk-

ten nicht erfüllt. Dadurch sieht das Gericht die Rechte der MJD als verletzt und somit das Klagebegehren als begründet an. Aus diesem Grund erwartet die MJD, dass der Verfassungsschutz auch den Bericht für das Jahr 2010 abändert, in dem weiterhin von einer Empfehlung des ECFR die Rede ist.

Der DBJR sieht sich durch das Urteil gegen das Bundesinnenministerium und den Verfassungsschutz in seiner Ansicht bestärkt, dass die Aussagen des Verfassungsschutzes nicht zwangsläufig für die Beurteilung der Arbeit von Jugendverbänden relevant sind. Problematisch ist, dass genau diese – möglicherweise fehlerhaften – Definitionen und Auslegungen bei der Extremismusklausel zur Fördergrundlage wird. Das verstärkt die Kritik an der Klausel.

Jugendvertretung

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat angekündigt, dass es eine/-n neue/-n Sonderbeauftragte/-n des Generalsekretärs zu Jugend (SRSG) geben soll. Der oder die Jugend-Repräsentant/-in soll die jugendpolitischen Ziele weiterentwickeln und umsetzen sowie ein UN-Freiwilligen-Programm für Jugendliche vorbereiten. Noch ist nicht bekannt, wer ab wann die Vertretung übernehmen soll. Das International Coordination Meeting of Youth Organisations (ICMYO) fordert ein Mitspracherecht beim Ernennungsprozess, so dass junge Menschen sich mit der neuen Vertretung identifizieren können. Der DBJR begrüßt die Entwicklung einer Jugendvertretung als ein positives Signal, Jugendliche ernst zu nehmen und ihrer Stimme Gehör zu geben!

Integrationsgipfel

Der DBJR-Vorsitzende Sven Frye nahm am fünften Integrationsgipfel teil. Im Mittelpunkt stand die Präsentation des **Nationalen Aktionsplans Integration** (NAP-I). Der DBJR war im Vorfeld an der Entwicklung diverser Dialogforen beteiligt. Dass aus dem Intergrations- nun ein Aktionsplan wurde, begrüßt der DBJR. Die Bundesregierung möchte u.a. mehr Migranten/-innen im öffentlichen Dienst beschäftigen. Doch es ist fraglich, wie die konkreten Pläne des Bundes umgesetzt werden sollen, wenn die Länder hierfür zuständig sind und in ihren Aus- und Zusagen schwammig bleiben.



Foto: Karit Dichtler / pixelio.de

Bericht zur Nachhaltigkeitsstrategie

Das Bundeskabinett hat am 15. Februar den **Fortschrittsbericht 2012** zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Der Bericht enthält eine umfassende Bestandsaufnahme zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Schwerpunktthemen des Berichts sind nachhaltiges Wirtschaften, Klima und Energie sowie Wasserpolitik – nicht zuletzt mit Blick auf die Konferenz der Vereinten Nationen zu nachhaltiger Entwicklung im Juni dieses Jahres in Rio. Der Bericht misst den Stand der nachhaltigen Entwicklung an Indikatoren. Es wird deutlich: Es gibt Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung, Politik und Gesellschaft stehen weiter vor großen Herausforderungen. Die Nachhaltigkeitsindikatoren wurden vom Statistischen Bundesamt ausgewertet. Der Fortschrittsbericht 2012 knüpft an die nationale Nachhaltigkeitsstrategie an, die vor zehn Jahren im April 2002 von der Bundesregierung beschlossen wurde. Es ist

der dritte Bericht, den alle Bundesministerien erarbeitet haben. Einbezogen wurden viele Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Institutionen aus dem Dialog zur Nachhaltigkeit. Darunter auch die Stellungnahme des DBJR. Sowohl bei einem Treffen im Kanzleramt, als auch schriftlich hatte der DBJR Änderungen vorgeschlagen. Es fehlten aus Sicht des DBJR Aussagen zur Kinderarmut, zur Bedeutung von außerschulischer Bildung oder zu Mobilitätskonzepten, die vor allem für Kinder und Jugendliche Sinn machen. Aufgenommen wurde davon leider nichts. Aber: Im Kapitel Soziale Eingliederung sind Jugendverbände in der von der Bundesregierung beschlossenen Fassung ausdrücklich erwähnt: „Vor allem in Jugendverbänden erfahren Kinder und Jugendliche den Wert des Engagements, erleben, dass der Einsatz für die Gesellschaft Spaß macht“, heißt es auf Seite 317.

► Die rheinland-pfälzischen Jugendverbände und der Landesjugendring Rheinland-Pfalz fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und haben dazu eine **Onlinepetition** gestartet. Die Petition läuft noch bis zum 26. März 2012 und wird anschließend den Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtages übergeben.

► Im „**Dialog über Deutschland**“ will sich die Kanzlerin mit Bürgerinnen und Bürgern über Zukunftsfragen austauschen und Ideen sammeln. Bis zum 15. April können Vorschläge eingebracht werden.

► Das Projekt des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) „Ich. Du. Wir. Fürs Land“ hat jetzt auch eine Website: www.wir-fuers-land.de.

► Die 30 Mitgliedsverbände im Hessischen Jugendring wollen die Selbstorganisation und Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stärken. Dafür starteten sie am 13. Februar 2012 auf ihrem Hauptausschuss in Frankfurt das Projekt „**zusammen[wachsen]**“.

► Der Landesjugendring NRW bietet Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Jugendverbänden ab sofort wertvolle Tipps und Arbeitsmaterialien zur interkulturellen Öffnung. Kostenlos kann der **Inter-Kulturbeutel** bestellt werden, der unter dem Motto „Bitte öffnen“ eine ganze Reihe von Informationen, Anregungen und Umsetzungsideen rund ums Thema enthält.

► Unter dem Titel „**EU-Snapshots of Your Life**“ hat die dänische EU-Ratspräsidentschaft einen Fotowettbewerb für junge Leute ins Leben gerufen. Die Fotos sollen zeigen, wie die EU das tägliche Leben beeinflusst. Einsendeschluss ist der 31. Mai 2012.

Interessant

Projekt Jugend mit Perspektive

Der DBJR kooperiert mit dem Bundesinnenministerium (BMI) im Projekt „**Jugend mit Perspektive – Zukunftschancen in Ostdeutschland durch Arbeit und Ausbildung**“. Das Projekt lädt Jugendliche in Ostdeutschland zur Auseinandersetzung mit den beruflichen Chancen und Lebensperspektiven in ihrer Region ein und fordert sie auf, sich selbstbewusst mit den eigenen Ansprüchen und den Chancen in ihrer Region auseinanderzusetzen. Ein **Wettbewerb** und drei **Workshops** bieten dafür Gelegenheit. An verschiedenen Standorten in Ostdeutschland, zum Beispiel Halle (Saale), Jena und Rostock gibt es 2012 drei ein-tägige regionale Workshops. Jugendliche,



insbesondere aus Jugendgruppen und der Jugendarbeit, sowie Vertreter/-innen der Wirtschaft erhalten ein Forum zum Austausch und Anknüpfungspunkte zur weiteren Zusammenarbeit, damit junge Menschen in der Region bleiben.

EU-Förderung

Das Programm „**Europa für Bürgerinnen und Bürger**“ finanziert Projekte und Aktivitäten, die zum Ziel haben, EU-Bürgerinnen und Bürgern eine größere Rolle und stärkeres Gewicht bei der Entwicklung der EU zu verleihen. Durch die Finanzierung von Projekten und Aktivitäten, an denen Bürger/-innen teilnehmen können, fördert das Programm ein gemeinsames europäisches Geschichtsbewusstsein, gemeinsame Werte und die Identifikation mit der Entwicklung der EU. Die erste Stufe des Programms finanziert und unterstützt verschiedene Arten von Maßnahmen: Städtepartnerschaften, partizipative Projekte und innovative Aktionen.

Doku erschienen

Der Landesjugendring Berlin legt eine Dokumentation der Fachkonferenz „**Potenziale nutzen – Förderung ehrenamtlichen Engagements Jugendlicher**“ vor. Im Oktober wurden Möglichkeiten diskutiert, das Ehrenamt und die Beteiligung Jugendlicher zu stärken. Vor allem die Belastungen durch die verkürzte Schulzeit und die veränderten Bedingungen im Studium zeigen deutliche Auswirkungen auf das Ehrenamt. Die zahlreichen Aspekte der Debatte sind in insgesamt 20 Redebeiträgen und Projektvorstellungen zu einer 64-seitigen Dokumentation zusammengestellt worden. Die Dokumentation kann kostenlos beim Landesjugendring Berlin **bestellt** werden.

Teilnahme an Holocaust-Gedenktag

Zum Internationalen Holocaustgedenktag veranstaltete der Deutsche Bundestag in Berlin eine internationale Jugendbegegnung zum Thema „Berlin im Nationalsozialismus: Stadt der Täter – Stadt der Opfer“. 80 Jugendliche aus den USA, Israel, Polen, Tschechien, Frankreich, Niederlanden, Weißrussland und Deutschland nahmen daran teil. Der DBJR entsendet jedes Jahr Jugendliche, die an der Jugendbegegnung teilnehmen. In diesem Jahr wurde Lau-

ra Fröhlich, die ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland absolviert, nach Berlin eingeladen. Sie nahm dort an Workshops und Begegnungen mit Zeitzeugen/-innen teil. Die bewegende **Rede** von Marcel Reich-Ranicki vor dem Deutschen Bundestag konnte Laura während der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag miterleben. Ihre Eindrücke schildert sie in einem **Bericht**.

Impressum

Deutscher Bundesjugendring
Mühlendamm 3 | 10178 Berlin
030. 40040400 | epaper@dbjr.de
verantwortlich: Daniel Grein

Gefördert durch Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend

facebook | twitter & Co.

[facebook.com/ bundesjugendring](https://facebook.com/bundesjugendring)
[facebook.com/ strukturiertdialog](https://facebook.com/strukturiertdialog)
[facebook.com/ ichmachepolitik](https://facebook.com/ichmachepolitik)

[twitter.com/ dbjr_](https://twitter.com/dbjr)
[gplus.to/ dbjr](https://gplus.to/dbjr)
[vimeo.com/ dbjr](https://vimeo.com/dbjr)

www.

dbjr.de
strukturiert-dialog.de
heinz-westphal-preis.de
ichmache-politik.de